

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich M. 5.—, für Abholer M. 4.90, durch auswärtige Boten 5.50 M. monatlich; bei Postbestellung monatlich M. 6.— frei Haus. Erscheint 11 wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pf. Postfach-Stonto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Käthehofstraße 4. Für unentgeltliche Lieferungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagbl. Mittw. Zeitraum 30 Pfa. und der Saeb. Mittw. Restraum 20 Pfa. Die laufende Monatsrechnung wird vom Besteller auf seine Anzeigen in Rechnung genommen. Differenzbüh 50 Pfa. Porto befremd. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird beibehalten

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 33.

Wittwoch, den 9. Februar 1921

161. Jahrgang

### Tageschronik

Katastrophale Folgen des Kohlenüberflusses in Frankreich. Wie die Londoner Konferenz doch bis nach Garbina Amtsnacht verdröhnen?  
Neuer amerikanischer Einspruch gegen die Ruhrbesetzung.  
Frankreichs Unzureichendmachung in englischer Beleuchtung.  
Der Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung vor der Lösung?  
Argentinische Anerkennung für Deutschland.  
Keine Bündnispflicht Englands im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges.  
Vor einem bolschewistisch-rumänischen Krieg?  
Generalkrieg in Warschau?

### Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich. Vor einer Lösung?

Zwischen Bayern und dem Reich sind Unstimmigkeiten entstanden, weil die Reichsregierung die Entschuldigungsfrage unabhängig von der Reparationsfrage behandelt wissen will, während Bayern die Pariser Beschlüsse als Ganzes betrachtet und für unantastbar hält. Einmalige Demarkation ist, daß auch Erzberger wieder einmal seine Hand im Spiel hat und auf den Sturz des bayerischen Kabinetts hinarbeitet. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß von einer Spaltung der Regierungskoalition ebensowenig die Rede sein kann, wie von einem Rücktritt des Ministeriums. Ueber die Behandlung der Angelegenheit in Bayern erhalten wir folgenden Bericht:

München, 9. Febr. (Ein. Drahtber.). In der gestrigen Ministerpräsidenten berichte Ministerpräsident von Kahr über die Berliner Konferenz und teilte vier Anfragen des Reiches mit, die Bayern beantworten soll. Sie betreffen die lokale Durchführung der Entwaffnung, Ablieferung der Waffen, Ausführung der §§ 177 und 178 des Friedensvertrages über Entwaffnung und einen Vorbehalt für den Fall unvollständiger Verpfändungen. Die von Kahr vorgelegten Antworten sind vorläufig streng vertraulich. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Kahr machte hierauf im interparlamentarischen Landtagsausschuß eine Erklärung, woran sich Fraktionsführungen schlossen. Die Demokraten fordern, daß die bayerische Antwort vor allem ein rückhaltloses Bekenntnis zum Reich einschließt und daß der Ministerpräsident alle verträglichen schwebenden Entwaffnungs- und Reparationsinteressen des Reiches anspricht. Auf dieser Basis ist heute eine Einigung der Koalitionsparteien und ein Beschluß des Ministeriums zu erwarten. Die unabhängige Landtagsfraktion verlangt in einer Interpellation Auskunft über die von Kahr am 5. Februar eingenommene Stellung. Die Interpellation wird mit dem Widerspruch zwischen der offiziellen Meldung der Berliner und Münchener Regierung begründet. Das Plenum des Landtages hielt angesichts der gespannten Lage gestern nur eine ganz kurze Sitzung ab.

Die „Münch. Neueste Nachr.“ schreiben, Reichstagsleiter Kehr und Kahr haben zum mindesten nichts getan, die Schwierigkeiten aus dem bayerischen Vorkriegs abzumildern. Kehr und Kahr seien sehr nahe, der in der Salzung der Ruhr, Volkspartei und der bayer. Regierung das Hauptverhältnis für einen politischen Wiederantritt sehe und deshalb jüngst am Werk war, in München der Regierung Kahr Schwierigkeiten zu bereiten. Die von Erzberger geleiteten Verhandlungen hätten in Warschau stattgefunden, aber er habe in einem Münchener Hotel gewohnt.

### „Alles hat seine Grenze!“

In zwei großen Massenversammlungen gegen das Pariser Diktat in München, denen mehrere Minister, der Landtagspräsident und der selbst. Landeshauptmann der Einwohnervereine beizuhörten, sagte der Hauptredner, der Historiker Prof. Kurt Alexander von Müller: Unser Schuldgefühl ist ein Verfall der Menschlichkeit. Wir wollen nicht mehr einen Vertrag unterschreiben, der die Menschlichkeit unterwerft. Seine Erfüllung ist ein Verfall der Menschlichkeit. Wir müssen die Kriegskosten tragen, aber alles hat seine Grenze. Wir wollen ein freies Volk mit freiem Willen bleiben, keine Sklaven werden, sondern Deutsche bleiben. In der angenommenen Entschuldigung heißt es: Ueber diesen Schuldvertrag gibt es kein Verhandeln! (Zit. nach Weill.)

### Frankreich ersticht in Kohlen.

Stillelegung französischer Bergwerke?  
Paris, 8. Febr. (Ein. Drahtber.) Infolge der durch das Span-Abkommen erzwungenen Senkung der deutschen Kohlen koste der Absatz der französischen Gruben in fast katastrophaler Weise. Die Abnahme ganzer Kohlenabnahme wird vermeldet, weil die Aufnahmequalität der Kohlen übertrieben ist. Falls dieser Zustand nur noch 10 Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitslosigkeit unermesslich.

### Doch Aufschub der Londoner Konferenz? Amerika und die deutsche Entschädigung.

„Chicago Trib.“ läßt sich erneut aus London berichten, die Konferenz werde erst nach dem 4. März stattfinden. Dieser Aufschub werde Gelegenheit geben, die auf Deutschland bezüglichen Dokumente vorzubereiten, die der neuen amerikanischen Regierung übermitteln werden sollen. Da diese erst nach dem 4. März ihr Amt antritt, wäre sie vorläufig nicht in der Lage, diese Dokumente zu prüfen, was den Konferenzaufschub rechtfertigen würde. Das Blatt merkt auch an, es werde erwartet, daß Garbina die Salzung bezüglich der deutschen Entschädigungen nach dem 4. März feststellen werde, sobald sich ihm hierzu Gelegenheit biete.

### Amerika und die Entwaffnungsfrage.

Unterstaatssekretär David teilte Senatsmitgliedern auf Anfrage mit, Amerika werde sehr wahrscheinlich einen Bruch mit der Allierten richten, wenn Frankreich die Befehle des Ruhrgebietes durchsetzen wollte, weil Deutschland ansonsten seinen Entwaffnungsverpflichtungen nicht nachkommen sei. Die amerikanische Meinung sei, daß dem Standpunkt, gerade die Angelegenheit sei von Deutschland außer Kontrolle behandelt worden.

### Vor dem russisch-rumänischen Krieg?

Wien, 9. Febr. (Ein. Drahtber.) An der baltischen Grenze breiten sich neue Gerüchte vor. Nach Meldungen aus Lemberg hat es bereits zu ersten Zusammenstößen zwischen Bolschewiken und Rumänen. Im bulgarischen Kriegsministerium wird fieberhaft gearbeitet. Französische Offiziere nahmen die Truppenorganisation in Anstalt. In Konstantinopel man die Lage sehr pessimistisch, da die Bolschewiken in den nächsten Wochen energisch vorrücken könnten.

mit Gewalt ab, so soll es Gewalt bleiben vor aller Welt! Einen Rechtmittel geben wir den Feinden nicht mehr. Vah und von allem Parteieitel absehen, laßt uns alle zusammenstehen. Vom Feind zum Meer soll der Aufbruch sein: „Wah, niemals!“ (Zit. nach Weill.) Das erbiten wir nicht, das fordert uns von der Reichsregierung.

### Nach Preußen für energische Ablehnung.

Der ständige Ausschuss der preuß. Landesversammlung nahm zu den Pariser Beschlüssen eine von den Bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten angenommene Erklärung an, in der von der Reichsregierung eine entschiedene Behauptung ihres abzuwählenden Standpunktes gefordert wird. In dieser ersten Stunde, in der es um ein oder mehrere der deutschen Völker geht, müßte alle Volkseile in der Abwehr der unmöglichen Forderungen zusammenstehen.

### Die Deputationsnationalen und die Einheitsfront.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Wolfenbüttel sprach Dr. Stresemann mit, die Deputationsnationalen Volkspartei habe ihm mitgeteilt, sie hätte keine Bedenken mehr, mit der Sozialisten eine Regierung zu bilden.

### „Frankreich geistig nicht normal!“

Ein englischer Kaufmann in Hamburg erhielt von einer wichtigen Personlichkeit der Londoner City einen Brief, in dem es heißt, daß der Reparationsfrage könne es nicht auf

### Deutsche Propaganda.

In den weitläufigen Erörterungen, die um die Zeit des 11. November vorigen Jahres die englische Presse, voran die „Times“, über das Wesen der Propaganda, insbesondere der Vorkriegszeit, anstellten, stand im Vordergrund die Frage nach der Ursache zu dem großen Erfolge, den die riefenhafte geistige Führung der Entente ertragen hat, und die Antwort lautet: weil die Propaganda Arbeit geleistet hat und immer wieder nur die Wahrheit!

Wir Deutsche lehnen uns naturgemäß auf gegen eine solche freche Fälschung, und doch ist klar, daß auch die üblichen Kriegsmassnahmen auf graumig genug sind, um einen gegen das Land ihrer Urheber gerichteten Propaganda nützlichen Stoff zu geben, der für die Entente im Weltkrieg um so leichter zu beschaffen und zu verwenden war, als durch den Einmarsch der Deutschen in Frankreich und Belgien den dortigen die Jüdischbevölkerung dieser Länder in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen war. Der Kern dieses ganzen Problems liegt für uns Deutsche doch weniger in der Frage der Handhabung der Propaganda als überhaupt in der Erkenntnis, daß Propaganda eine allererste Notwendigkeit ist und daß sie zu einer außerordentlich starken Waffe gemacht werden kann. Selbst unter Verdrückung dessen, daß Deutschland bald nach Kriegsbeginn fast von der ganzen übrigen Welt so gut wie abgegrenzt war, erinnern wir uns des Tätigkeits Ertrages als Chef der Propaganda-Büros, die während der Kriegszeit, aber nur mit dem bitteren Gefühl, daß hier eine ganz und gar falsche Arbeit geleistet worden ist, und der monarchischen Kriegsregierung wie der nachfolgenden Republik ist der größte Vorwurf daraus zu machen, daß sie den gewaltigen Ansturm der feindlichen Propaganda unbeeinträchtigt gelassen haben. Aber man sieht wie vor einem Kampf, daß in Deutschland selbst heute noch die Wirkung und Bedeutung dieser Waffe sträflich verkannt wird, denn wie soll man es verstehen, daß nur vereinzelte Parteien sich darüber klar zu sein scheinen, daß der Versailles Vertrag sich grundtätig auf der erfolgreichen Aufgabe gegen Deutschland als schuldig an der Entstellung des Krieges und als Urheber schändlicher Grenz aufbau? Wer sich dies noch nicht genügend vor Augen vorstellt, dem müßte die jüngste Rede Brabant aus Mitleid der Pariser Konferenz die Augen geöffnet haben. Aus ihr erfahren wir nachmalig, daß wohl die Franzosen für Wahrheit und Gerechtigkeit gekämpft haben, daß aber Deutschland nicht das Recht suchte, seinen Millionen Gefallenen als Leben nachzutruhen und ihnen dafür zu danken, daß sie ihr Leben für das Befehlen und die Ehre des Vaterlandes dahingeeben haben!

Dieser Rahm, die deutsche Schuld am Kriege, an die dann unserer Verbannung und Entlassung ohne Zweck noch heute allenthalben in der Welt allenthalben wird, müßte unsere ganze Außenpolitik bestimmen und ihr alle Hände voll zu tun geben. Es handelt sich hier um unsere einzige Hoffnung: den Kampf um die Wahrheit, die Wiederherstellung der Sympathien für Deutschland und vor allem die Freilegerung der Welt aus dem Versailles Vertrag. Wo aber bleibt die deutsche Entwertung? An Material für eine Offensive fehlt es uns nicht. Es muß leicht eroffen werden — nach heute! Die Schritte des Allenen, Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Antimonopolwissenschaften und die zahlreichen anderen Stimmungen sind an sich ein erfreuliches Zeichen, aber überall fehlt der Anstoß: Deutschland ist nicht schuldig am Kriege und deshalb ist die Welt die Reaktion die größte Genugtuung der Unabwählbaren und Kommunisten abzuwarten, bis sie mit ihrem Material herausstritt, um den Kampf gegen die Lüge und Verleumdung aufzunehmen, ohne die — das kann nicht oft und nachdrücklich genug betont werden — der Vertrag von Versailles und seine Pariser Erweiterung einfach umzuwälzen wollen wären? Soll es dabei bleiben, daß die Schuld, die uns unsere Entel und Unrecht einst vorurteilhaft haben werden, riesenhaft ist, als die Summe, die uns unsere Feinde in Paris haben aufpassen wollen?

Selbst in Reimungen nationaler Richtung sieht man immer wieder, die Fortkommen der Entente seien unerklärlich: nur — nebenbei — soll die arme Presse hat die Veränderung der Frage: welche Entschuldigung soll Deutschland zahlen? In die: was kann Deutschland zahlen? Es aus der Entente Presse ohne Bedenken zu einem gemacht. Nicht dies kann die Frage sein, zu welchen Reimungen wir selbst hin, sondern wir müssen, um andere Reimungen zu bekommen, die es loazene Grundlage des Vertrages durch blamable Propaganda ordnen Alles unaabhängig machen und schließlich beseitigen. Wenn wir weiterhin die Hände in den Schößen, so heißt das nicht anders, als daß wir uns vor der von der Entente im Kriege aufgestellten

bis auf den heutigen Tag mit größter Konsequenz propagierten Schweinefleisch beugen und dadurch freiwillig die Verstoffung auf ungefähre Jahre legen! Und warum sollte dieser aramische Gebante nicht zum Erliegen werden können in dem Maße, in dem das Unheil der Selbstvergiftung und Selbstschädigung sich vollzogen hat? Gleich schmerzhaft gilt es uns in den Ohren, das Wehe der Sieger und das unferne Nachkommen!

die von der Presse beeinflusste Mehrheit, sondern allein auf die kleine Minderheit fahrender Rüste an. Diese glaube, im Hinblick auf den nahenden finanziellen Zusammenbruch Frankreichs seien Regierung, Volk und Presse in Frankreich in der Separationstrategie launigster Beziehung launig als geistig normal anzusehen. Die Ansicht der Leute in der Gasse, die Werksarbeiten, gebe dafür, daß man niemals einen Betrag erhalten werde, der sich trennweise der jetzt geforderten Summe näherte, wahrscheinlich nicht einmal ein Viertel. Einige meinten sogar, daß nicht einmal ein Zehntel einzutreiben sei. Deutschland könne nur in Waren zahlen. Gieße es diese in großen Mengen auf Frankreich und England aus, so werde der Rest der französischen geliebten Handelsgeheimnisse fast ganz vernichtet, und die Industrie Europas so frustriert, daß aus achtzig Millionen Arbeitslosigkeit entsteht. Mit anderen Worten: Was über einen nahenden Identitätsbetrag hinausgeht, müsse in Wirtschaft von den Alliierten selbst getragen werden, und wenn nicht Deutschland zugleich in relativem Maße seine besorgene Handelskraft wiedergewinnen, müsse die ganze Welt in dem Gegenstande leiden. Die Pariser Beschlüsse seien ein wahnwitziger Versuch, Unmögliches zu vollbringen. Dies sei in sehr entsetzlicher Weise die Ansicht der Leute, die sich wirklich um eine Lösung der Krise bemühten.

„Mandellor Guardian“ schreibt, das Geheimnis der Entschädigung sei durch Lloyd Georges Rede in ein noch tieferes Dunkel gehüllt. Das Wort fragte, ob Lloyd George an eine vermehrte Unwissenheit seiner Zuhörer spekuliert habe oder ob er den Franzosen habe ein Kompliment machen wollen, die nach ihrer Presse zu schließen, von seiner Rede entzückt zu sein schienen.

„Die Opfer der deutschen Anfallbarkeit.“ Die „Volkswacht“, das Organ des belagerten Schiffsbauers Humboldt, schreibt, in einer Besprechung der Pariser Beschlüsse, die französischen und belagerten Arbeiter würden die ersten Opfer der deutschen Anfallbarkeit sein. Die Industrie der beiden Länder werde zusammenbrechen. An den Millionen Gold, die man aus den deutschen Arbeiterschaft herausprelle, würden Frankreich und Belgien erheben, eben so wie Amerika und Westeuropa schon jetzt an ihrem Produktionsüberfluß.

Ein neuer Friede. Nach französischen Mächtigungen wünscht die englische Öffentlichkeit immer mehr, daß die Frage der deutschen Schuld mit der interalliierten Schuld verbunden wird. Darin müßte entschieden, ob er einen Vertrag am Pariser Vertrag und daher auch ferns auf der den Alliierten aufzunehmenden Entschädigungszahlung habe. Die Entschädigungskosten seien ein wesentlicher Teil des Aufwands der Alliierten, und es wäre daher für Amerika schmerzhaft, sich an dem Passivum zu beteiligen, das die Schuldner gegenüber Amerika bilden.

Durch diese Stimmungsmaße möchte man Amerika „gewalttätig“ für die deutschen Anfallungen interessieren, indem man Deutschland die Verpflichtung für die alliierten Schuldner an Amerika aufzuerlegen möchte. Die Amerikaner sind dazu sehr zu gute Gefährten. Im übrigen betont der Pariser Vertrag ausdrücklich, daß Deutschland nur die „angewandten“ Schäden erleiden muß.

Leere Worte. Paris, 8. Febr. In der heutigen Kammerkammer rühmte der frühere Finanzminister Klotz, daß man sich über die bevorstehenden finanziellen Anfechtungen mit einer einzigen Debatte begnüge, bei der es nur Worte gebe. Er fragte weiter, was geschähe, wenn Deutschland, gemäß seinem Recht aus dem Friedensvertrag, sich von seinen Verpflichtungen vor den schiefen Nachzahlungen befreie. Londoner Zeitungsberichte: Sie wissen sehr wohl, daß das ganze Gold in der Welt den Wert von 30 Milliarden nicht übersteigt. Auf die Bemerkung Klotz, man könne das Gold auf Waren liefern, sagte Klotz: Wenn ich aber davon keinen Gebrauch machen kann, Klotz kloß mit der Aufforderung, die Regierung möge sich mit den finanziellen Maßnahmen des Pariser Abkommens beschäftigen. Man müsse erreichen, daß die deutschen Steuerlasten nicht geringer seien als die französischen.

Argentinien und Deutschland. Der argentinische Präsident Yrigoyen erklärte gegenüber einem Vertreter des „United Telegram“: Die Erklärung der deutschen Republik inmitten äußerer Schwierigkeiten sei das beste Zeugnis für die deutsche Kultur. Deutschlands Niedergang sei keine Schande für das deutsche Volk, das wie kein anderes vernünftig habe, bis schließlich der Sieg bei der anderen Seite ansetzte.

Die Konvention Danzig-Polen. Die auf Grund der Danzig-polnischen Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung abzuschließenden Verträge sind so weit vorbereitet, daß die Hauptverhandlungen am 14. Februar in Warschau beginnen sollen.

Der Danziger Bolshewik rühmt das Pariser Abkommen. Danzig, 9. Febr. (Ein. Drahtber.) Die hiesige Zeitung des Bolshewik brachte nicht die erwartete Fortsetzung der Zusammenkunft. Der Senat war gemäß seiner bisherigen Haltung abwesend. Ein sozialistischer Antrag, auf sofortige Auflösung des Regierungsrates in der Sitzung wurde abgelehnt, worauf Sozialdemokraten und Unabhängige den

Saal verließen. Derselbe wurde der bürgerlichen Parteien auf freiwillige Abnahme des letzten Pariserabkommens, des Vertrag von Versailles, dem Entwurf nach Saksina beantragt wird, angenommen, um einer Neuauflage abzuweichen.

Unter „Brüder“. Kom. 9. Febr. Berlin den Truppen des französischen Kreuzers „Nevele“ auf, der in Brüssel auf das Eintreten des französischen Oberkommandos für Konstantinopel wartete, und der Gabelablieferung zum es zu Reibereien, als die Franzosen auf öffentlichen Plätzen einige Damen belästigten und einen die protestierende Menge mit Revolvern schossen. Bei der darauf folgenden blutigen Schlägerei wurden sieben Franzosen durch Messerstiche schwer verletzt und mußten auf das Schiff flüchten. Der Kommandant hat sich wegen des Zwischenfalls entschuldigt. Die Franzosen dürfen sich auf dem Lande nicht mehr zeigen lassen.

Keine Bündnispolitik Englands in einem japanisch-amerikanischen Krieg. Der japanische Außenminister Graf Utsuda antwortete im japanischen Parlament auf eine Anfrage, ob England von seiner Bündnispolitik im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges bereit ist, daß nach dem Bündnisvertrag der casus federalis im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges nicht anzuwenden sei.

Das Bandenwesen in Rußland. Die Petersburger „Neswija“ meldet, daß Bandenwesen in Rußland habe einen beträchtlichen Umfang angenommen, daß die Witz ihm gegenüber ohnmächtig sei. Man plünder nicht nur in der Nacht und in den Straßen, sondern auch am hellen Tage sowohl in Privathäusern, als auch in öffentlichen Anstalten.

Geheimrat v. Piesdorffs Entlassung. Die Entlassung des bisherigen Außenministers der preussischen Außenpolitik, Geheimrat v. Piesdorff, ist eine Tatsache, die die ansehnlichen Gründe der Entlassung dieses Beamten, der sich ursprünglich um die Dramatisierung der Sicherheitspolitik unentbehrliche Verdienste erworben hat, erklärt. Die „Allg. Ztg.“ berichtet, der ursprünglich als stellvertretender Leiter der Abteilung für die Angelegenheiten der Ostsee berufen wurde und von den Reichsparteien stark angefeindet worden sei, weil er sich zum Sozialismus bekannte und unmittelbar nach der Revolution in einem Memorandum an den damaligen Reichspräsidenten die Abfassung des Seeresekretes forderte, habe später eine völlige Schwermut nach rechts losgelassen, und im Außenministerium habe man es über bemerkt, daß v. Piesdorff deutschnationalen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Material zur Verwendung gegen Minister Severin in Sachen der Schutzpolizei zur Verfügung gestellt habe. Dem unmittelbaren Anlaß zur Entlassung soll folgender Vorfall zugehen haben: Geheimrat v. Piesdorff habe kürzlich bei einer Inspektionsreise ohne Auftrag namhafte Beträge verteilt. Auf die Anfrage Severins, aus welchem Fonds diese Beträge kommen und zu welchem Zweck sie verteilt worden seien, habe v. Piesdorff abgelehnt, mitzuteilen, von welcher Seite die Gelder zur Verfügung gestellt worden und die Verantwortlichkeit über die Verwendung des bereits ansehnlichen Fonds verweigert. Daraufhin sei die Entlassung erfolgt.

Trifft diese Darstellung zu, so wird sich der Minister des Innern der Verpflichtung nicht entziehen können, eine angemessene Darstellung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, die völlige Klarheit über die Vorfälle gibt.

Aus Stadt und Umgebung. Straßentafelender. Donnerstag, den 8. Februar 1921. Krankenbeförderung. Ausweis für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre in der Verkaufsstelle Mohr-Gottschalkstraße. Vorher im Rathaus 1 Treppe, Zimmer 12-13 Gültigkeit abholen. Hierzu Lebensmittelpreis als Ausweis mitbringen.

Der Auseinanderlassungsvertrag zwischen Kreis und Stadt Merseburg vom Geizig-Ausfluß genehmigt. \* Nachdem, wie berichtet, der Kreisausfluß, Magistrat, Kreisrat und die Stadtdirektorvermittlung dem Auseinanderlassungsvertrag zwischen Kreis und Stadt Merseburg genehmigt haben, ist der Vertrag nunmehr auch vom Kreisrat ausgedrückt in Kraft genehmigt worden.

Der Geizig-Verband Deutsche Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Merseburg, hielt gestern abend im Gasthof zur armen Erde seine achtundzwanzigste Monatsversammlung ab. Wenn Gäste mehren sich zur Teilnahme. Vor der umfangreichen Tagesordnung sind die Berichte über die Esterrenze (nach dem N. H. Geizig vom 12.5.20), den Beamtenarbeitsnachweis und die vom Verband geschickte soziale Einrichtung der Esterrenze vornehmlich zu erwähnen. Im Hinblick darauf erstatteten die Mitglieder des Kreisrates der Kreisratstelle eingehenden Bericht über die am 2. Februar 1921 im Kreisratssaal stattgehabte Kreisbeiratsung. Die Verhandlung nahm Kenntnis und Stellung zu den Verordnungen innerhalb der Kreisbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenkreise des Kreises. Das Leitende des Kreises, dem Vorsitzende der Kreisratstelle, Frau Dr. Klotz, wurde dankbar für die am 2. Februar 1921 im Kreisratssaal stattgehabte Kreisbeiratsung. Die Verhandlung nahm Kenntnis und Stellung zu den Verordnungen innerhalb der Kreisbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenkreise des Kreises. Das Leitende des Kreises, dem Vorsitzende der Kreisratstelle, Frau Dr. Klotz, wurde dankbar für die am 2. Februar 1921 im Kreisratssaal stattgehabte Kreisbeiratsung.

Die Kreisratstelle am 2. Februar 1921 im Kreisratssaal stattgehabte Kreisbeiratsung. Die Verhandlung nahm Kenntnis und Stellung zu den Verordnungen innerhalb der Kreisbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenkreise des Kreises. Das Leitende des Kreises, dem Vorsitzende der Kreisratstelle, Frau Dr. Klotz, wurde dankbar für die am 2. Februar 1921 im Kreisratssaal stattgehabte Kreisbeiratsung.

Sachsen, die bisher in Meadeburg war, am 15. Februar 1921 nach Meiseburg verlegt wird.

Der Hauptbereich des Evangelischen Bundes hat seine Jahresversammlung am Montag, den 18. und Dienstag, den 19. April d. N. in Wittenberg. Der 18. April, der 400jährige Geburtstag des Laien Pastors von Wittenberg, soll zu einer einträchtigen Kundgebung für die Kraft und Bedeutung des Protestantismus ausgeschaltet werden. Eine Feier am Sonntag, ein Festessenabend in der Schlosskirche und eine Versammlung im großen Saal von Wittenberg sind geplant. Adolf Wornis, wohnen bei weitem in unserer Provinz der See zu weit und die Reise zu kostspielig sein dürfte, hat wohl keine andere Stadt solche Verehrung, Wittenberg, die Wittenberg zu feiern. Die Wittenberg, wo Luther der ewigen ist, als der er in Wornis vor die Augen der ganzen Welt getreten ist. Die Wittenberg, wo Wittenberg hat sich in bekannter Gasse bereit erklärt, die ewigen christlichen Glaubensgenossen bei sich aufzunehmen.

Die Eingabe des Oberbürgermeisters Wittenberg ist nunmehr vom Minister des Innern genehmigt worden.

Beschlagnahme von Sabarjan. \* Die hiesige Polizei beschlagnahmte bei einem Arbeiter 33 Maßchen Sabarjan. Der freie Handel mit Sabarjan ist bestimmt verboten.

Eintragung ins Ostfälischen Vereinsregister. \* Vom Ostfälischen Vereinsregister des D. V. V. wird uns geschrieben: Mitte Februar d. N. finden in Berlin die Verhandlungen des Finanzministeriums und Reichsfinanzministeriums über die Eintragung ins Ostfälische Vereinsregister statt. Hierzu werden von jeder Provinz 5 Beamte als Vertreter des Ostfälischen Vereinsregister auszuweisen. Bei der Zusammenkunft des Ostfälischen Vereinsregister in Meiseburg wurde der 1. Vorsitzende des Ostfälischen Vereinsregister, Hermanns-Sekretär Meiseberg als Vertreter ernannt.

Der Vorschlag der russischen Kriegsanlagenen. \* Wie das Landratsamt Sachsen-Anhalt mitteilt - zu Grund des mit der Sowjetregierung getroffenen Abkommens bis zum 1. April d. N. erledigt sein. Es soll daher an alle noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsanlagenen die Aufforderung der Reichszentrale ergehen, sich bis zum 15. Februar in einem Lager zu melden. Innerhalb der Provinz Sachsen und des Reichslandes Anhalt befinden sich Kriegsanlagenen in Anhalt, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Meiseburg. Ferner die hiesigen Kriegsanlagenen kommen hierbei nicht in Frage. Am Interesse des deutschen Reichslandes ist es dringend erwünscht, daß möglichst alle Kriegsanlagenen abgeführt werden und daher ohne Aufschub eine Verbringung in die Heimat erfolgt. Für Kriegsanlagenen, die in Deutschland bleiben wollen, werden noch besondere Bestimmungen getroffen werden.

Warnung für Anzeigensucher. \* Von ausländischen Anzeigensuchern und Tabakhändlern werden Anzeigensucher der Provinz Sachsen zum unzulässigen Gebrauch des Anzeigensuchers in Sachsen-Anhalt anzuweisen. Die Verbotswörter werden benannt auf bestimmte Anzeigensuchersuchen, da die Einfuhr ausländischer Anzeigensucher ist und die Sendungen an den Grenzpostämtern beschlagnahmt werden.

Die Wahlvorschriften im Wahlkreis Halle-Merseburg. \* Am Wahlkreis Halle-Merseburg sind für die Wahlberechtigten die Wahlvorschriften einzuhalten und vom Wahlamt genehmigt worden. 1. Zentrum (Deitsch), 2. Deutschnationale Volkspartei (Hermann), 3. Deutsche Volkspartei (Karl), 4. Deutschnationale Partei (Dr. Schreiber), 5. Sozialdemokratische Partei (Karl), 6. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Karl) und 7. Vereinte kommunistische Partei (Schmann).

Aus Kreis und Nachbarkreisen. Ein englisches Kohlenangebot. \* Halle, 8. Febr. Das Kuratorium der hiesigen Stadtgaswerke beschäftigte sich mit einem Angebot einer englischen Firma, betreffend Lieferung von 3000 Tonnen Kohlen für die städtischen Gaswerke. Die Firma bietet diese Lieferung zum Preis von 48 Schilling pro Tonne an, womit sich der Preis auf 555 M pro Tonne an Gebrauchsgas stellen wird, während inländische Steinkohle jetzt nur 430 M pro Tonne kostet. Das Kuratorium lehnt deshalb das Angebot ab. Was sich übrigens eine Garantie dafür, daß die Kohlen nicht deutschen Ursprungs sind?

Drohende Schließung des Stadttheaters. \* Halle, 8. Febr. Wie verlautet, hat der Magistrat in Halle beschlossen, die am 31. August ablaufenden Verträge und Engagements nicht wieder zu erneuern. Das bedeutet, daß das Stadttheater ab 1. September 1921 geschlossen wird. Welche Gründe hierfür maßgebend sind, steht noch dahin, doch werden sie vor allen Dingen finanzieller Natur sein.

Neuer Landrat. \* Halle, 8. Febr. Am Landrat ernannt wurde der Kreisrat v. Klotz von hier und zum das Landratsamt in Nordhausen, Kreis Graßhof Hohenstein, übertragen.

Kein Arbeitslosterat. \* Halle, 8. Febr. Die Stadtdirektion lehnt in ihrer Monatsversammlung die erforderliche Anerkennung und Finanzierung des Arbeitslosterates durch die Stadtdirektion ab. Die Stimmen der Kommunisten ab. Sie stimmten einer Nachbeurteilung von 3268 500 M für die Elektrifizierung zu. Die Stadt hat gegenwärtig einen Brennholzbestand von 351 211 Scheitern im Werte von 383 000 M.

Einbruchdiebstahl. \* Halle, 8. Febr. Beim Müller Herbst wurden die Kleider- und Wäschekammer aus einer Kammer gestohlen. Dieses Verbrechen scheint eine ganz besondere Anziehung für Diebe zu haben, denn schon häufig wurden dazwischen Einbrüche mit Erfolg verübt.

Tödlicher Unfallfall. \* Halle, 6. Febr. Ein tödlicher Unfallfall ereignete sich am Donnerstag mittag unweit der Berliner Brücke. Der Schlosser Erding, Potsdamerstraße 5, wurde beim Heben eines Eisens von einer Leiter herabgestürzt. Es wurden ihm beide Beine und ein Arm abgefahren. Der Unfälle wurde sofort nach der Chirurgischen Klinik gebracht, wo er bald nach seiner Entlassung verstarb.

Die Wirtschaftskommunikation von der Weltwirtschaft

Leuna, 9. Febr. Die Streikfahrt im Leunawert ist beendet. Die Weltwirtschaft hat auf das Ultimatum der Arbeiter hin die Abnahme der Produktion...

Wieder freie Passage. Aus der Elbe- und Sappena, 6. Febr. Das Hochwasser hat sich im Hochwasserungsgebiet der Elbe und Sappena verhältnismäßig schnell wieder gelassen...

Grundbesitzwechsel. Reichenberg, 8. Febr. Das Kurhaus-Direktorat ist in den Besitz der Herren Kugel und Sönel übergegangen...

Getreide, 8. Febr. Angekündigt wurde gestern Abend ein Beamter des Reichsversicherungsamtes in der Sauerhütte bei Getreide. Er ist am Oberhelfer schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Versteuerte Diebe. Schotten, 8. Febr. Vier Frauen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend einige Diebe in das Grundstück des Herrn Käsebergers...

Rein der Goldfälscheri auf der Saale. Weisenfels, 8. Febr. Die Goldfälscheri auf der Saale hat wieder ihren Anfang genommen.

Beisitzwechsel. Giesleben, 8. Febr. Die Brauerei zum Veranschölichen ist von der Gieslebener Aktien Brauerei angekauft worden.

Wanderliche Unfälle. Duerfurt, 6. Febr. Vermischt ist der ehemalige Stadtvorstand Jacob. Auf seiner Arbeitsstätte floh ihm bei Beschäftigung an der Kreisbahn ein Stück Holz an die Stirn...

Nus Provinz und Reich

Der Kommunistenführer Stimmann entwöhnt.

Wandenburg, 8. Febr. Wie die „Nachb.“ St. erzählt, ist am Sonntag Abend einer der Hauptbetrieblen an den Wandenburg und Stendaler kommunistischen Aufständen...

Noch keine Wiedereröffnung der Arbeit im Schacht. Albersdorf, 8. Febr. Die Arbeiten im Schacht sind noch nicht wieder aufgenommen worden, da die Gase noch nicht vollständig abgezogen sind.

Karl Hauptmann. Berlin, 8. Febr. Dem „Voten“ aus dem Niedersächsischen zufolge ist der Dichter Karl Hauptmann in der Nacht zum Sonntag auf seinem Besten in Schreiberhau an Herzkrankheit, die sich als Folge eines im vorigen Jahre erlittenen Schlaganfalls eingestellt hatte...

Raubmord in der Mark. Berlin, 8. Febr. Am Sonntagabend vergangener Woche wurde der Besitzer der Schneermühle bei Falkenhagen im Kreis Stettin von den Arbeitern Demmeier und Lade aus Friedrichshagen erschossen und ermordet.

Verabnahme eines Eisenbahn-Votens. Berlin, 8. Febr. Wie aus Wienit gemeldet wird, brachten drei Männer in den Wohnungen des von Goldberger nach Wienit fahrenden Eisenbahnwagens ein Schreiben des Reichstages nieder und mußten aus den Waggons in Karient Wart, worauf sie die Notbremse zogen und vom Zuge abtraten.

Räuberliche Spielerei bei Reichstagskommissionari. Berlin, 6. Febr. Am Reichstagskommissionariat in der Widmannstraße herrschte während der Wochentagen natürlich tiefe Ruhe. Diese Tatsache ist Spielereien nicht unbekannt geblieben, denn heute nacht erbeute man das Schloß, das sich eine Gesellschaft von etwa 60 Personen im großen Spielraum der Behörde damit veranlaßt, eine Raub vor der Abend aufzuführen.

Letzte Depeschen

Die frohe Hoffnung der Bielerbanditen.

London, 9. Febr. Reuter meldet aus Berlin, in den letzten britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für besitzend angesehen.

Der „Tempo“ zu der Empörung in Deutschland.

Paris, 9. Febr. Der „Tempo“ schreibt die Einmütigkeit, mit welcher sowohl die Berliner Presse als auch die Provinzzeitungen aller Schattierungen gegen die Pariser Bedingungen Sturm laufen, müsse in die Augen springen.

Der Konflikt Bayerns mit dem Reich.

München, 9. Febr. Wie die „Auswärtiger Abendpost“ meldet, haben die Reaktionen der Konstitutionspartei den beschlossenen, die Regierung in ihrer Haltung zu führen.

Breslau, 9. Febr. Die Vollstreckungsstelle beschlagnahmte in Malasane einen polnischen Waffentransport und zwar 48 Gewehre, 50 Gummihülsen, mehrere 1000 Schuß Munition und Verbandsstoff.

Der Reichskontrolleur von Hindenburg erbat zur Bekämpfung des Bandenwesens die Bereitwilligkeit einer Kampfstärke französischer Alpenjäger zusammen mit dem zünftigen Volksgenossen an.

Die Legitimationskarten für Oberschlesien.

Doppel, 9. Febr. In einer Bekanntmachung weist die internationalisierte Kommission die Bevölkerung auf die Bedeutung der Legitimationskarten hin.

Deutsche Kriegsschiffe als „Verlustskanonen“.

London, 9. Febr. Das ehemalige deutsche Schlachtschiff „Vaden“ ist zwischen Ostland und der Insel Wight im Verlaufe von Versuchen mit Zerstörerbojen und torpedierten Geschützen versenkt worden.

Die „Betriedung“ Irlands.

London, 9. Febr. Der in Irland geborene, aber bei den englischen Behörden in der Grafschaft Cork angelegte Richter Deelin erklärt in einem offenen Brief an den Staatssekretär für Irland, Greenwort, die Beschuldigungen, das britische

Militär habe in Irland Gewollt und Nordbrennerie verübt, beruht auf Wahrheit. Von den 356 Fällen, die er als Richter in letzter Zeit bearbeitete, habe bei 139 Fällen fast hervor, daß diese Verbrechen von den Truppen der Krone begangen wurden.

Generalstreik in Warchau?

London, 9. Febr. (Eia. Drahtler.) Nach einem Mos-tauer Rundfunk sei in Warchau der Generalstreik ausgedroht. Die Stadt sei ohne Licht und Kraft. Die Straßenbahnen ließen still, Telefon- und Telegraf funktionierten nicht.

Betriebsräte und Aufsichtsrat.

Berlin, 9. Febr. Dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats lag der Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vor.

Verhaltung von Notgardien in Lenna?

Dalle, 9. Febr. Auf Anordnung des Staatsanwaltschaft überwachte gestern morgen einige Posten die Kundgebung zum Leunawert, die im Anschluss der Arbeiter zu kontrollieren.

Die Eisenbahner gegen die Moskauer.

Hamburg, 9. Febr. In der Hauptversammlung der Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurden die von den Kommunisten gezielten Anträge auf Resolutionen zur Verurteilung der Moskauer als rückgewiesen.

Ein Spratzkisten-Projekt in Essen.

Essen, 9. Febr. (Eia. Drahtler.) Das Essener Schaurgericht soll in den nächsten Tagen restlose Aufklärung schaffen über die Ursachen des beispiellosen Gemetzel und der kürzlich erfolgten, die vor Jahresfrist, am 19. März, geforderten des Gemetzel der Polgarabfälle sich am Waffertum abspielten.

Niedererschlagung der Steuerreste aus dem Jahr 1920.

Breslau, 9. Febr. Eine Vertreterversammlung der christlichen Gewerkschaften beschloß, zur Frage der Niederschlagung der Steuerreste aus dem Jahre 1920, eine Vertreterversammlung aller Gewerkschaften aller Parteien einzuberufen und den Vorschlag des Bundeskongresses, seine Vertreter als Ausschuss zu ernennen, zu unterstützen.

auf einem Warmwasserfließen im Kinnertal ausgeht. Der Rat der Stadt Leipzig nahm mit Dank von der wertvollen Bereicherung der Kinnertaligen Entschlossenheit Kenntnis.

Bunte Zeitung

Was ein „Wort in der Welt“ bedeutet. Ein Leser schreibt der „Nachb.“: Reiter: In der literarischen Öffentlichkeit spielen wahren Gedichte wieder die übliche Rolle. Die Gedichte sind, wie ich schon sagte, so unbedeutend wie die Gedichte an sich sind, auch man sie doch als Gedichte werden, die zum Wohlstand und zur Glückseligkeit unserer arbeitenden Klassen und zur menschlichen Entwicklung dienen, wozu sie in der Lage sind, die menschliche Bedeutung besitzen.

Kunst und Wissenschaft

Ein Wagner-Wort von Max Ringler.

Am Nachtag Max Ringlers befand sich u. a. ein überlebender Gipfelpunkt von Richard Wagner, der von Ringler als Vorbild für das in Leipzig abgelebte Richard Wagner-Denkmal angesehen und von seiner Witwe der Stadt überlassen wurde.

Verantwortliche Redaktion: Politik, Zeit- und Prosa-Zeit, Bonn 20. - Druck: M. Hochheimer. - Anzeigen: S. Balf. Druck- und Verlagsanstalt: Verleger: Druck- und Verlagsanstalt z. B. B., sämtlich in Berlin.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.







